

Die Apotheke der Welt wieder öffnen

Wolfgang Steiger

beklagt, dass Deutschland für pharmazeutische Unternehmen immer mehr an Attraktivität verliert und fordert ein Umsteuern der Politik.

Seit Monaten klagen Apotheker, Kliniken und Patienten über Liefer-schwierigkeiten bei wichtigen Medikamenten. Besonders bei Präparaten für Kinder, Arzneien für Brustkrebspatientinnen, Magensäureblockern, Hustensäften und Blutdruckmitteln herrscht akuter Mangel. Ausgelöst wurde diese Krise auch durch staatlich verordneten Spardruck, der Hersteller dazu zwang, ihre Produktion nach China oder Indien zu verlagern. In Zeiten von überstrapazierten Lieferketten, aufgrund von Corona, Ukraine-Krieg, Arbeitskräftemangel und Energieknappheit sind die nun entstehenden Probleme klare Konsequenz.

Besonders heikel ist die Situation bei Generika, also Medikamenten, deren Patentschutz abgelaufen ist und die nun von anderen Unternehmen günstig produziert werden. Hier führen langfristige Preisvereinbarungen mit den Kostenträgern zu einem weiteren Problem: Die aufgrund der vielen Krisen gestiegenen Produktions- und Transportkosten können nicht direkt weitergegeben werden und erste Hersteller ziehen sich vom Markt zurück. Für Kinder-Fiebersäfte mit Paracetamol etwa gibt es nur noch einen Hersteller.

Wenn von einem Produkt, das dringend benötigt wird, zu wenig hergestellt wird, muss der Preis steigen – Hersteller reagieren dann mit Produktionsausweitungen. Ein Lösungsansatz aus dem Gesundheitsministerium spielt über die-



Der Gastautor ist Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU. Der unternehmerische Berufsverband vertritt mehr als 12 000 Mitglieder.

Foto: Jens Schicke

sen Marktmechanismus: Der Bundesgesundheitsminister ist bereit, dass die Produzenten künftig 50 Prozent mehr für die Generika von den Kassen erhalten. Aber das ist nur eine kurzfristige Lösung, die das Grundproblem nicht angeht: die Abhängigkeit Europas, und ganz besonders Deutschlands, von der asiatischen Arzneimittelproduktion.

Hier braucht es eine neue Ausrichtung der zukünftigen Arzneimittelproduktion und eine Anpassung der Ausschreibungsverfahren. Zu befürworten ist, dass das Bundesgesundheitsministerium künftig bei Verträgen zur Generikaversorgung nicht mehr nur dem billigsten Anbieter den Zuschlag erteilen will. Künftig soll der Zuschlag hälftig zwischen dem weltweit günstigsten und dem günstigsten Anbieter, der innerhalb Eu-

ropas produziert, aufgeteilt werden.

Dies alles ist ein Schritt in die richtige Richtung, wird aber langfristig nicht reichen. Die Bundesregierung muss gerade in dieser Frage, auch im Interesse von Bevölkerungsschutz und niedrigeren Krankheitsquoten in der Erwerbsbevölkerung, Standortpolitik betreiben und den Wirtschaftsstandort Deutschland auf Dauer für Arzneimittelproduzenten wieder attraktiv machen – wir waren schließlich einst die Apotheke der Welt. Hierfür bedarf es vor allem einer günstigen Energieversorgung, die die energieintensive Synthetisierung von Wirkstoffen auch hierzulande wieder rentabel macht. Dazu müssen auch bürokratische Hürden, die den Neubau von Werken und die Erfüllung von Standards unnötig erschweren, weiter abgebaut werden. Zu guter Letzt muss Deutschland auch für Fachkräfte attraktiv sein, damit es genügend gut ausgebildete Pharmazeuten gibt, die die Produktion von Arzneimitteln auch tatsächlich umsetzen. Mehr Netto vom Brutto, also eine Verringerung des Steuern- und Abgabenkeils, ist hierfür der Schlüssel.

Letztendlich sind die Wurzeln der Probleme der Medikamentenversorgung dieselben, die uns in fast allen Branchen begegnen: zu hohe Kosten, zu viel Bürokratie, zu wenig Personal. Es bleibt darum im neuen Jahr weiter dringend nötig, dass die Ampel-Regierung endlich Entlastungen schafft.